

Fadegrad



von
Roland Scheck

Die Stadt wars

Wer um Himmels Willen kommt nur auf die Idee, das Tram 2 zu verlegen und damit das Zentrum von Altstetten vom öffentlichen Verkehr abzukoppeln? Das fragt sich seit Bekanntgabe des Projekts nicht nur die Altstetter Bevölkerung. Dementsprechend hoch ging es auch an der öffentlichen Informationsveranstaltung zu und her. Innert kurzer Zeit unterzeichneten 6300 Personen eine Petition gegen das Projekt und der Gemeinderat überwies eine Motion, welche den Stadtrat beauftragt, auf die Verlegung der Tramlinie 2 zum Bahnhof Altstetten zu verzichten. Auch aus Sicht der Limmattalbahn ist eine Verlegung nicht begründbar. Die Verknüpfung ist mit der bestehenden Linienführung bestens gegeben. Wer mit der Limmattalbahn in die Stadt kommt und auf das Tram 2 umsteigen möchte, kann dies am Farbhof tun. Weder Pendler noch Quartierbewohner benötigen also eine Änderung der Tramlinie 2. Wer um Himmels Willen kam dennoch auf die Idee? Sprach man mit Vertretern der Stadt, so hiess es, es sei eine Vorgabe des ZVV und damit des Kantons. Sprach man mit Vertretern des Kantons, kam hingegen die Antwort, man habe mit diesem Projekt einen Wunsch der Stadt Zürich berücksichtigt. Die SVP-Kantonsräte Roger Bartholdi, Lorenz Habicher und Roland Scheck wollten es deshalb genau wissen und reichten im Kantonsrat eine entsprechende parlamentarische Anfrage ein. Inzwischen liegt die Antwort des Regierungsrats vor und sie ist klar: Die Stadt wars. Es war ein Anliegen des Stadtrats, das Tram 2 entgegen allen Quartierinteressen zu verlegen.

Doch weshalb tut er das? Nun, man weiss zur Genüge, dass das Handeln des rot-grünen Stadtrats durch eine ideologische Aversion gegen den Autoverkehr geprägt ist. Und hier ist der wahre Grund zu suchen. Mit seinem «Betriebs- und Gestaltungskonzept Altstetten» beabsichtigt der Stadtrat in Tat und Wahrheit einen schwerwiegenden Eingriff in das Regime des motorisierten Individualverkehrs. Durch die Verlegung der Tramlinie soll unter anderem die Altstetterstrasse «verkehrsberuhigt» und die Badenerstrasse «umgestaltet» werden. Das kennt man inzwischen: Zur Behinderung des Autoverkehrs hat der Stadtrat weder Bedenken noch Skrupel, ein Quartierzentrum zu opfern. Siehe Schmiede Wiedikon. Zur Behinderung des Autoverkehrs hat der Stadtrat auch keine Hemmungen, den öffentlichen Verkehr zu instrumentalisieren. Siehe Tram Hardbrücke.

Eine derlei destruktive Verkehrsplanung ist aber nur möglich, wenn der Kanton sie zulässt. Insbesondere bei einem Planungspartner, der Anflüge von Fanatismus zeigt, müsste der Kanton seine Oberaufsicht konsequenter wahrnehmen. Dabei könnten die Projektierungsvorgaben simpler nicht sein: Ein Quartierzentrum ist dazu da, der Bevölkerung Standortqualität zu bieten. Der öffentliche Verkehr ist dazu da, die Transportnachfrage der Bevölkerung abzudecken. Aber weder Quartierzentren noch öffentliche Verkehrsmittel sind dazu da, den motorisierten Individualverkehr zu schikanieren. Vernunft muss zuweilen verfügt werden.

Velos, Velos und nochmals Velos

Das Thema «Velo» geht nach den Sportferien fleissig im Gemeinderat weiter. Zur Debatte stehen zur Zeit der Bau einer Velostation «Süd» beim Hauptbahnhof Zürich und andere Velovorlagen.



Roberto Bertozzi
Gemeinderat SVP
Zürich 11

Für den Bau der Velostation «Süd» verschwinden 63 Autoparkplätze, wie Mauro Tuena, Fraktionschef SVP, betont. Diese Parkplätze befinden sich bei der Sihlpost, dem Hauptpostamt der Stadt Zürich, und werden den Kunden nicht mehr zur Verfügung stehen. Das Projekt Velostation «Süd» wird auch von der FDP unterstützt. Die AL spricht sogar von einer grossen Dringlichkeit, da Zürich unbedingt mehr Veloabstellplätze braucht. Auch die CVP findet, dass mehr Veloabstellplätze um den HB Zürich notwendig und die 13,5 Mio. Franken für den Bau gerechtfertigt sind.

Gemäss SP haben in Zürich Autoparkplätze keine Priorität und deren Aufhebung ist im öffentlichen Interesse, damit mehr Platz für andere Nutzer entsteht. Mit grosser Mehrheit, 99 Ja zu 22 Nein (SVP), wird die Weisung zum Bau einer Velostation

beim HB Zürich dem Stadtrat überwiesen.

Vernachlässigung von wichtigen Themen

In diesem Rhythmus geht es in den nächsten Weisungen an diesem Abend weiter. Velos, Velos und nochmals Velos. Nur, wie man Velofahrer zum Umsteigen auf den öffentlichen Verkehr motivieren und so Millionen von Franken sparen könnte, kommt an diesem Abend nicht zur Diskussion.

Auffallend ist die Gewichtung, die das Thema «Velo» seit einiger Zeit im Gemeinderat hat. Wie wenn die Stadt Zürich keine anderen Probleme hätte, wird Woche um Woche über das Velo diskutiert. Die Themen «Verkehrsberuhigung» und «Aufhebung von Parkplätzen für den Individualverkehr» bieten eine gewisse Abwechslung im Ratsbetrieb.

Geht es nicht um Veloabstellplätze, dann um Radstreifen und deren Streckenführung oder um die Reduktion des «wildes Parkierens» von Velos oder um die Förderung des öffentlichen Veloverleihs. Die Linken reichen regelmässig schriftliche Anfragen,

Postulate und Motionen in diesem Zusammenhang beim Stadtrat ein und diskutieren im Gemeinderat leidenschaftlich darüber. Andere Themen werden dafür zwangsläufig vernachlässigt.

Diese Gewichtung der Linken bezüglich Wichtigkeit von Sachgeschäften im Gemeinderat entspricht etwa dem, wenn ich auf Anregung meiner Ehefrau ein Postulat dem Stadtrat überreichen würde mit der Bitte, beim ZVV zu intervenieren, damit die S6 im Bahnhof Oerlikon, statt auf dem Gleis 8, wieder auf dem Gleis 6 anhält, um den Gehweg zum Marktplatz zu verkürzen.

Wenn ich die Zeitungen lese oder mit dem Bürger auf der Strasse spreche, dann stelle ich fest, dass das Thema «Velo» nicht sonderlich bewegt, sondern ganz andere Probleme, die den Alltag wesentlich stärker prägen. Deshalb gehe ich davon aus, dass die Velolobby im Gemeinderat massiv übervertreten ist. Die Gründe dafür mögen uns die Politologen erklären.

SVP bekämpft wahre Probleme

Welche Themen sind für den Bürger aber von Wichtigkeit? Unabhängig

von der Parteizugehörigkeit wollen die Bürger vor allem einen sicheren Arbeitsplatz, eine bezahlbare Wohnung und Sicherheit auf den Strassen. Auch die SVP-Basis macht hier keine Ausnahme. Deshalb sollten diese Themen im Gemeinderat im Vordergrund stehen. Die SVP-Fraktion reicht regelmässig zum Thema «Sicherheit» schriftliche Anfragen, Postulate und Motionen beim Stadtrat ein und regt Diskussionen im Gemeinderat an, um die Sicherheit für alle Bürger in der Stadt Zürich zu verbessern.

Mit ihrer liberalen Wirtschaftspolitik trägt die SVP wesentlich zu einen attraktiven Wirtschaftsstandort Zürich bei.

Mit der Förderung des privaten Wohnungsbaus durch den Abbau von Bürokratie setzt sich die SVP aktiv für genügend Wohnraum in der Stadt Zürich ein. Dies führt dazu, dass nicht immer mehr langjährige Stadtzürcher in die Agglomeration hinausgedrängt werden. Wir machen Politik für die Mehrheit der Bürger und nicht für eine kleine Gruppe von Personen und ihren Partikularinteressen!

EIN RÜCKBLICK

Glaubwürdiger Wahlkampf – Heimat schaffen

Manchmal können, wie der neuste Wahlgang für den Gemeinderat zeigt, wenige Stimmen schon grosse Wirkung erzielen. Daher ist ein glaubwürdiger Wahlkampf nötig, der auf den persönlichen Kontakt setzt. Dies ist aufwändig und erfordert viel persönliches Engagement; mit Inseraten lässt sich das nicht erreichen. Wird die Fairness hoch gewichtet, dann dient diese Art von Kampagne primär dem Stimmenanteil, ist also ein Gewinn für die Partei. Der persönliche Vorteil des «Strassen- und Häuserkampfes» wird dann allerdings sekundär bleiben.



Bernhard im Oberdorf
Gemeinderat SVP
Zürich 12

In den Gemeinderatswahlen hat es sich gezeigt, dass die SVP Wähleranteile verloren statt gewonnen hat. Zugelegt haben insbesondere die FDP und – eigentlich unerwartet – die Alternative Linke.

Zugpferde und Mobilisierung

Da zeigt es sich, dass Stadtratskandidaturen durchaus ziehen können: das war bei Filippo Leutenegger nicht überraschend, wohl aber bei Richard Wolff, dem man eher eine Abwahl zugetraut hätte. Aber offensichtlich hat sich hier eine Protestmobilisierung überraschend ausgewirkt. Schade, dass eine gewisse Unzufriedenheit nicht auf die Mühlen der SVP gelenkt worden ist.

Zentral für eine Mobilisierung – bei der sich neue Wählerpotentiale erschliessen lassen – ist ein persönlicher Wahlkampf, der den Wählern so etwas wie «Heimat» vermittelt. In Schulungen für die Wahlen wird denn auch der persönliche Kontakt hervorgehoben, oft auch der Vorzug des «Klingelns an der Tür» thematisiert. Dieses «Hausieren» hat sicher seinen Effekt, kann aber aufdringlich sein.

Da lässt sich diese Wirkung auch erzielen, wenn man originelle Flyer nicht nur zum Zeitpunkt des Eintreffens der Wahllisten flächendeckend verteilen lässt, sondern auch einen Teil persönlich in die Briefkästen legt, weil so in den Strassen und vor den Haustüren immer wieder spontane Gespräche entstehen, in denen sich die Botschaft noch besser als an den Standaktionen vermitteln lässt: Die Abwehr am Stand, oft mit der Ausrede «ich habe schon gewählt», kontrastiert mit der bereitwilligen, interessierten Entgegennahme der Flyer in den Strassen; sei das am Tag

oder auch in der Nacht bei Wind und Regen.

Erfahrungen an der «Front»

Ein solcher Wahlkampf ist auch durchaus lehrreich – und diese Erkenntnis braucht es, um auf die Anliegen der Wähler eingehen zu können.

Da fragte ich mich manchmal, draussen frierend mitten in der Nacht, welche Schicksale sich hinter den Namenschildern an den Briefkästen verbergen: Schwacher Lichtschein hinter den Fenstern weist hin auf Glück: Ein Gefühl der Heimat – oder ist es Zweisamkeit? Doch es gibt auch die andere Seite.

So lerne ich die Lebenssituation eines Rentners kennen, der mit seinem Hund in der Eingangshalle eines Altersheimes sitzt: Wegen der Diabetes, er ist zuckerkrank, muss er eine Spezialmahlzeit einnehmen; niemand kocht ihm diese, bloss die Küche im Heim. Allein dafür muss er einen Viertel seines knappen Einkommens aufwenden.

Unter solchen Umständen ist die Altersvorsorge samt den Zusatzleistungen beengend, gerade wenn auch von der IV nicht viel zu erwarten ist. Der Rentner fühlt sich von der Bürokratie der Stellen alleine gelassen, vielleicht verraten. Und er meint, wenn das Geld gar nicht mehr reicht, dann brauche er es «für das Tierli» und zeigt auf seinen kleinen Hund: «Lieber gebe ich meine Wohnung auf als ihn und stehe auf der Strasse.» Das sagt alles über die Realitäten.

Ein Fazit ...

Und wenn ich so durch das Quartier laufe, sind viele Häuser ganz neu; jene, die an dieser Stelle bei den letzten Wahlen vor vier Jahren noch hier standen, sind abgerissen. Ersatzneubauten nennt man das. Sicher, Wandel muss sein, auch im Wohnbereich, aber nicht Spekulation und hochfahrende, für viele unbezahlbare Mieten, die Menschen wie unseren Rentnern das kostet, was Heimat bedeutet. Da zeigt sich eines: Wer so an den Rand

gedrängt wird, wählt kaum die «Cüpli-Sozialisten», vielleicht aber gerade die Alternative Linke – aus Resignation und Protest gegen die Einschränkungen des Lebens. Wenn man diesen Menschen eine glaubwürdige Alternative im Gespräch aufzeigt, können solche Wähler auch gewonnen werden.

... und Wirkung im Ziel

Es wäre nun aber naiv, anzunehmen, dass dies persönlich sehr erfolgreich sei. Vielmehr geht aus dem Feedback hervor, dass solches Engagement oft zum Gewinn von ganzen, unveränderten Listen führt. Ein solcher «externer Wahlkampf» ist gut für den Wähleranteil, bringt aber persönlich nicht so viel wie ein «interner Wahlkampf», bei dem es darum geht, seinen Namen auf Kosten von anderen Namen auf der Liste kumulieren zu lassen. Gerade bei geringen Unterschieden kann in internen Zirkeln

viel für den eigenen Erfolg getan werden. Vielleicht ist das ein Grund, warum zu wenig auf den «Häuserkampf» mit externer Zielwirkung gesetzt wird.

Mit dem Wahlverfahren des Puckelsheim ist es oft auch schwierig, die Wirkung im Ziel abzuschätzen, da Computerprogramme die Sitzteilung errechnen. Ein Indiz für die Knappheit zeigte sich im Kreis 12, in welchem die SVP gemessen am Wähleranteil im Vergleich zu anderen Kreisen sehr gut abschnitt, paradoxerweise aber zunächst gerade hier einen Sitz verlor.

Der kam dann allerdings mit der neuen Berechnung wieder zurück, als die EVP in der Nachzählung wegen der 5-Prozent-Klausel aus dem Rat flog.

Da zeigte es sich, dass es sich für die Partei gelohnt hatte, wenn hier auf den aufwändigen Häuserkampf gesetzt wurde.

LESERBRIEF

Die Schweiz im Visier der USA

1996 wurden zwei Schweizer Grossbanken von den jüdischen Organisationen mit Hilfe von US-Behörden und einem kriminellen US-Anwalt (Ed Fagan) um 1,25 Milliarden Dollar erpresst. Die Banken glaubten, mit dem Einlenken sei der Fall erledigt. Weil die Erpressung aber so reibungslos abließ, möchten die USA ihre Klagen- und Erpressungspolitik ad infinitum weiterführen. Ausgerechnet die USA mit Delaware als grösstem Steuerparadies der Welt bekämpfen folglich – im Verbund mit von ihnen beeinflussten internationalen Organisationen – unsere Banken. Warum ausgerechnet unsere Banken? Weil die Schweiz immer wieder gezeigt hat, dass sie erpressbar und der Hinterhältigkeit der Amerikaner nicht gewachsen ist. Zudem verfügt sie über eine schwache, willfährige Landesregierung. Die USA hingegen ver-

fährt konsequent nach dem Grundsatz «Macht vor Recht».

Parallel zu den Banken gedenken die USA nun gegen Versicherungen, natürlich nur gegen schweizerische, vorzugehen. Sollen wir uns damit abfinden, dass wir Jahr für Jahr den Amerikanern horrenden Bussen zahlen?

Nein, wir müssen nicht! Denn diese Bussen sind eigentlich Entwicklungshilfe für die maroden US-Staatsfinanzen. Daraus folgt, dass wir diese unfreiwillige Entwicklungshilfe als solche betrachten und von der regulären Entwicklungshilfe (die ohnehin in erster Linie denen nützt, die sie verteilen) abziehen. Nur werden aber leider weder der Bundesrat noch das Parlament diese Lösung befürworten!

Otto Weiersmüller, Uetikon